

Die Schizophrenie kirchenleitenden Handelns

Author : Andreas Reinhold

Categories : [EKD](#), [Kommentare](#), [Pressespiegel](#)

Date : 19. Februar 2016

Nein, wir KirchenBunt'ler sind nicht ideologisch verblendet dagegen, Arbeitsbereiche zusammenzulegen, Kräfte zu bündeln und Synergieeffekte zu nutzen. Aber dies sollte nur dort geschehen, wo dies 1. sinnvoll und 2. von der kirchlichen Basis - also vornehmlich von den Kirchengemeinden und Einrichtungen vor Ort - auch gewollt und initiiert wird. Das ist nicht nur subsidiär gedacht, sondern hat auch gute evangelisch-theologische Gründe. Mittlerweile weisen Studien immer deutlicher darauf hin, dass dies auch für die Entwicklung der Kirche in angeblich schwierigen Zeiten von Vorteil wäre, möglichst dezentral agieren und so kreativ auf konkrete Herausforderungen vor Ort reagieren zu können. Dazu wäre es notwendig, die Arbeit vor Ort personell und finanziell zu stärken. Doch Kirchenleitungen auf EKD- und Landeskirchenebene machen derzeit genau das Gegenteil.

Die fünfte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung gerät dabei immer mehr in den Fokus der Diskussion um die zukünftige Ausrichtung unserer Kirche. Dass sie, was die Qualität der Arbeit unserer Kirchengemeinden und deren Bindungskraft angeht, die Analyse des Impulspapiers "Kirche der Freiheit" aus dem Jahre 2006 widerlegt und damit dem ihm folgenden Reformprozess jegliche Grundlage entzieht, [wurde schon mehrfach in den Blick genommen](#). Selbst an verantwortlichen Stellen hat man sich damit abgefunden, nur ein paar Nostalgiker trauern dem Projekt noch nach und beklagen wie Theologieprofessor Michael Hebst, dass man den von Bischof Huber angestoßenen Prozess [zu Grabe tragen wolle](#) (schön wär's!).

Dennoch wäre es fatal zu glauben, dass gefällte Entscheidungen korrigiert würden. Das Gegenteil ist der Fall! Das offensichtliche Scheitern an der Zielvorgabe, gegen den Trend wachsen zu wollen, scheint die landeskirchlichen Leitungsgremien zu veranlassen, noch radikaler Ressourcen aus den Gemeinden abziehen und auf höhere Ebenen verlagern zu wollen. Jüngstes Beispiel hierfür ist ein Schreiben der Bayerischen Kirchenleitung an die Verwaltungsstellen und Kirchengemeindeämter, in dem über die "Neuorientierung der Gemeindefinanzierung" informiert wird. Darin heißt es:

Das Budget für (Gesamt-)Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke wird von der aktuellen Kirchensteuerentwicklung entkoppelt. Das bedeutet, dass Kirchensteuer-Mehr- oder Mindereinnahmen nicht mehr relevant sind. Damit wird der Gemeindebereich vom Risiko mittelfristig erwarteter Rückgänge beim Kirchensteueraufkommen entlastet; er partizipiert aber – anders als bisher – nicht mehr an Zuwächsen, womit in den vergangenen acht Jahren die laufenden Baumittel des Gemeindebereichs (insb. Pfarrhaus-, Energie- und Kirchensanierungsfonds) ganz erheblich verstärkt werden konnten.

Die Konsequenzen sind beachtlich. [Auf den Seiten des Gemeindebundes Bayern](#) heißt es u.a. dazu:

Sollten die Kirchensteuereinnahmen weiter steigen, werden die Gemeinden davon nicht mehr profitieren. Der Anteil am Kirchensteueraufkommen, über den die Gemeinden und ihre Kirchenvorstände frei verfügen können, wird in diesem Fall von jetzt unter 24% weiter sinken. Die ELKB setzt weiterhin auf die zentrale Steuerung der Finanzmittel, statt die Kirchengemeinden und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken und die dort vorhandenen Potentiale zu fördern.

Was in Bayern Realität ist, kann in nicht allzu ferner Zukunft auch in der Rheinischen Landeskirche Wirklichkeit werden. Schließlich wird hier schon mehr oder weniger offen ins Auge gefasst, [den Kirchengemeinden die Kirchensteuerhoheit und sogar ihren Status als Körperschaft des Öffentlichen Rechts zu entziehen](#). Damit aber wird ein eigenverantwortliches Handeln in überschaubaren Gemeinden vor Ort zunichte gemacht. Und das, obwohl die negativen Folgen zentralisierter Großraumgemeinden offensichtlich ist. Anschauungsmaterial besitzen wir schließlich durch die Reformprozesse in der katholischen Kirche. Auch hier fordert man von renommierter Seite ein Umdenken. So erklärte jüngst Herbert Haslinger, Professor für Pastoraltheologie, Homiletik, Religionspädagogik und Katechetik an der Theologischen Fakultät Paderborn in einem Interview auf [katholisch.de](#):

All diese Großgebilde - ob sie nun "Seelsorgeeinheit", "Pfarreiengemeinschaft", "pastoraler Raum" oder sonst wie heißen - funktionieren nur auf dem Papier der Hochglanzbroschüren und Leitbildschriften. Angesichts der Verwerfungen, Konflikte, Enttäuschungen, Abbrüche und Frustrationen, welche die Umstrukturierungen tatsächlich vor Ort bei den betroffenen Menschen auslösen, kann man nicht ernsthaft behaupten, dass es sich um eine realitätstaugliche Konzeption handelt. Die Präsentation dieser Großstrukturen als vermeintlich zukunftssträchtige Gestalt der Kirche funktioniert nur, weil man dabei die Wahrnehmung auf das enge Segment der Personen beschränkt, die sich in das paternalistische Schema des bereitwilligen Mitmachens einfügen. Und sie funktioniert nur, weil man dabei die alltäglichen Lebenswirklichkeiten der Menschen ausblendet, die Enttäuschungen und Brüskierungen der Menschen vor Ort tabuisiert sowie die große Masse derjenigen Menschen ignoriert, die sich stillschweigend von der Kirche verabschieden.

Ähnlich argumentiert auf evangelischer Seite [im aktuellen Pfarrerblatt](#) Prof. Dr. Christoph Dinkel, apl. Prof. für Prakt. Theologie an der Universität Kiel und Gemeindepfarrer in Stuttgart. Er stellt im Hinblick auf die KMU V fest:

Wenn Kirchenleitungen über eine Strategie für die evangelische Kirche nachdenken, überrascht es nicht, dass im Ergebnis die zentralistischen Tendenzen gestärkt werden. Das ist angesichts der Entwicklungen unserer Gesellschaft in gewissem Umfang unvermeidlich. Zentralisierung kann Kräfte freisetzen, die an der Basis sinnvoll für die konkrete Arbeit mit Menschen eingesetzt werden können. Zentralisierung ermöglicht in manchen Bereichen eine höhere Qualität und eine bessere Sichtbarkeit der Arbeit. Bedenklich werden Zentralisierungstendenzen allerdings dann, wenn sie die Autonomie der Gemeinden und ihrer Pfarrerinnen und Pfarrer beeinträchtigen, wenn also von oben verordnet wird, was zu tun ist, und die Gemeinden zu Filialen der Gesamtkirche und die Pfarrer zu Filialleitern der Kirchenorganisation werden. Dem Zentralisierungsdruck darf also nur dort nachgegeben werden, wo dies absolut unerlässlich ist.

Die evangelische Kirche – Schleiermacher wird nicht müde das einzuschärfen – ist von unten aufgebaut. Sie verdankt sich der Kommunikation des Evangeliums an konkreten Orten. Allein von dort her bezieht die Kirchenorganisation ihre Existenzberechtigung. Das Prinzip der Subsidiarität und die interne Pluralität gehören zum Wesen protestantischer Kirchentümer. Die föderale Struktur des Protestantismus ist ein hohes Gut. Das Zentrum und die Spitze wissen keinesfalls alles besser. Sie sind auch nicht notwendig strategisch kompetenter. Vielmehr hat gerade die Spitze spezifische Blindheiten, denn das meiste, was in der Kirche geschieht, bekommt die Leitung nie in den Blick. Fehler, die in einer föderal aufgestellten Kirche gemacht werden, schlagen auch nicht gleich auf alle durch. Fehler sind in einer kleinteilig organisierten Kirche besser einzudämmen und zu korrigieren als in einer zentralistischen Organisation.

Vor allem aber sichert die dezentrale und plurale Struktur der evangelischen Kirche ihre finanzielle Basis. Die meisten, die Kirchensteuer zahlen, zahlen sie nicht für die Landeskirche oder gar die

EKD. Sie zahlen sie für die Gemeinde vor Ort, für das Kirchengebäude in der Nähe, für die Kantorei, den Posaunenchor und die Jugendarbeit, für die diakonische Einrichtung, die Vesperkirche und den diakonischen Pflegedienst in der Nachbarschaft. Kirchensteuer zahlt man für die Pastorin, die sichtbar in der Gemeinde präsent ist, die erreichbar ist, wenn ein Kasus anliegt. Religion lebt von der Nähe, von konkreter Hilfe und von konkreten Orten, an denen die Seele erbaut wird. Vertrauen wächst durch bekannte Gesichter und Menschen, die als Gesicht der Kirche bekannt sind. Nur auf der Basis dieses Vertrauens sind Menschen bereit, der Kirche ihr Geld zu geben. Gesteigerter Zentralismus widerspricht nicht nur dem Prinzip einer Kirche von unten und dem allgemeinen Priestertum, gesteigerter Zentralismus würde auch die finanzielle Basis der Kirche untergraben.

Unsere Kirchenleitungen handeln demnach nicht gemäß ihren eigenen Untersuchungen und Erhebungen, die das Potenzial einer Kirche vor Ort herausstellen, sondern folgen einer - ich nenne es einmal - konzernophilen Strategie, die sich in Fusionierung und Zentralisierung erschöpft und dabei Ressourcen von unten nach oben umschichtet. Dass sie dabei genau das schwächen, was Kirche (noch) stark macht, zeugt von einem erheblichen Realitätsverlust und kann deshalb nur als schizophren bezeichnet werden.